

Statuten

des Actien-Vereines zur Errichtung der Alt-Ofner- Sparkassa.

I.

Bildung des Vereins.

Um den minder bemittelten Volksklassen Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung, Verzinsung und allmählichen Vermehrung ihrer Ersparnisse darzubieten, dadurch aber den Geist der Arbeitsamkeit und der Sparsamkeit bei derselben zu beleben, hat sich in dem Kronmarkt Alt-Ofen ein Actien-Verein gebildet.

§. 1.

Zur Begründung der Sparkassa wird ein Garantie-Fond von Achtzigtausend Gulden öster. W. voranschlagt, welcher durch 800 Actien je zu Hundert Gulden zusammen gebracht wird.

§. 2.

Das auf diesem Wege eingelegte Stammkapital ist — so lange die Gesellschaft besteht — unauflösbar

und wird nur dann den Actionären rückgezahlt, wenn der (im §. 46) vorgesehene Fall eintritt.

KNY-19-00617

§. 3.



Das Stammkapital ist in drei Raten einzuzahlen; — die erste Rate wird nach Genehmigung der Vereins-Statuten in dem, durch die Generalversammlung zu bestimmenden und kundzugebenden Termine mit $37\frac{1}{2}\%$ baar und pünktlichst zu entrichten sein, woraus der mit dem Erlasse der hohen königlichen ungarischen Statthalterei von 6. März 1861 Zahl 7528 vorgeschriebene Stammkapital-Fond per 30,000 fl. öst. W. unverzüglichst hergeschafft wird. Die noch rückständigen zwei $31\frac{1}{4}\%$ -tigen Raten kann die Generalversammlung nach Maßgabe des Bedürfnisses einfordern.

§. 4.

Zur Einzahlung jeder Rate muß ein Präklusiv-Termin von 6 Wochen in den amtlichen Landeszeitungen des Königreiches Ungarn ausgeschrieben werden.

Sollte ein Actionär im Verlaufe dieses Termines die Zahlung nicht leisten, so wird demselben mit Bezeichnung der Nummer seiner Actie in denselben öffentlichen Blättern ein neuer Termin von weiteren 6 Wochen gegeben; zahlt er auch während dieses den eingeforderten Betrag sammt den 6%-gen Verzugszinsen nicht, so kann derselbe nach Beschluß des leitenden Ausschusses entweder zur Einzahlung im gesetzlichen Wege verhalten werden, oder es verfällt die Actie unwiderruflich zu Gunsten der Gesellschaft, welche darüber durch ihren leitenden Ausschuß verfügt.

Ein Actionär, welcher die erste Einzahlung geleistet hat, wenn er den erhaltenen Interimsschein ver-

äußert, bleibt der Gesellschaft noch für die ferneren Ratenzahlungen in so lange verantwortlich, bis dieselbe ihn von dieser Haftung durch Umschreibung des Interimscheines auf den Namen des neuen Besitzers losgezählt hat. — Diese Haftungs-Entbindung darf übrigens nur mit Zustimmung des großen Ausschusses ertheilt werden, welchem die Ermächtigung zu diesem Akt anmit eingeräumt wird.

§. 5.

Jede Actie wird auf den Namen des Erlegers ausgestellt, erhält im Stammkapital-Buch ihr eigenes Blatt und nimmt Theil vom ganzen Nutzen und Schaden der Anstalt, am letzteren aber nur bis zu dem Betrage der Actie und nicht weiter.

§. 6.

Alle Berechnungen der Anstalt geschehen in österr. Währung.

§. 7.

Die zur Bestreitung der allenfallsigen Vorauslagen, so wie die zur Deckung der Regie-Kosten nöthigen Gelder — sollten dieselben aus der Gebahrung der Anstalt nicht zu bestreiten sein, — zahlen die Actionäre über ihre Actienrate ganz besonders aus ihren anderweitigen Mitteln, und zwar jeder laut der Verhältnißquote seiner Actien, und verpflichten sich diesfalls solidarisch.

II.

Bestimmungen

über

Einzahlungen und Rückzahlungen.

§. 8.

Die kleinste Summe, welche die Anstalt als Einlage annimmt, ist ein viertel Gulden öster. Währ.; die Verzinsung fängt jedoch erst bei Einem Gulden öster. Währ. an.

§. 9.

Der Gesamtbetrag, welcher mittelst einer oder mehrerer Einlagen zur verzinslichen Anlegung für eine und dieselbe Parthei oder auf einem Büchelschen zugelassen wird, ist auf 2000 fl. öst. Währ. festgesetzt. — Die Anstalt hat das Recht, Einlagen, welche das Guthaben dieser Parthei über dieses festgesetzte Maximum stellen würden, zurückzuweisen.

§. 10.

Sollte jedoch die Anstalt es zweckentsprechend finden, von dem ihr im vorgehenden Paragraphe vorbehaltenen Rechte keinen Gebrauch zu machen, und Einlagen über das festgesetzte Maximum zuzulassen, so kann sie bei solchen einen niedrigeren Zinsfuß, als welchen die Einlagen bis 2000 fl. genießen werden, in Anwendung bringen, worüber jedoch der Einleger zu verständigen und dies in den Büchelschen ausdrücklich zu bemerken sein wird.

§. 11.

Der Zinsfuß, nach welchem alle Einlagen bis 2000 fl. verzinst werden, ist vier von Hundert.

Die Anstalt behält sich jedoch das Recht vor, diesen nach Maßgabe der Umstände bis auf drei von Hundert herabzusetzen, oder bis fünf zu erhöhen. — Sollte die Anstalt für nothwendig finden, den Zinsfuß herabzusetzen, so muß sie dies nach eingeholter Genehmigung der königlich ungarischen Statthalterei mit dem Beisage öffentlich bekannt machen, daß es den Einlegern frei steht, ihre Einlagen binnen einer angemessenen festzusetzenden Frist zurückzunehmen.

§. 12.

Die Verzinsung der Einlagen, welche in der ersten Hälfte des Monats geschehen, fängt am 16. desselben Monats, und jener, welche in der zweiten gemacht werden, am ersten Tage des nächsten Monats an. (Bei Rückzahlungs-Berechnungen wird dasselbe Zeitverhältniß beobachtet.)

§. 13.

Jede Rückzahlung des Kapitals so wie die Auszahlung der Zinsen erfolgt nur nach Vorweisung des Einlage-Büchels.

§. 14.

Zinsen werden in der Regel halbjährig und zwar vom 16. bis 30. Jänner und vom 16. bis 30. Juli bezahlt. Wer seine Zinsen in den bezeichneten Fristen nicht erhebt, dem werden dieselben vom ersten Tage des

nächsten Monats zum Kapital zugerechnet und weiter verzinst.

§. 15.

Sollte der Einleger die halbjährigen Zinsen nach dem Tage der Einlage berechnet und bezahlt haben wollen, so muß er dies bei der Einlage vormerken lassen.

§. 16.

Die Rückzahlung der Einlagen erfolgt bei Beträgen:

von 1 bis 50 fl. ohne Kündigung,

„ 51—100 „ in 3 Tagen,

„ 101—500 fl. in 15 Tagen,

„ 501—1000 fl. in 30 Tagen,

„ 1001—2000 fl. und darüber in 60 Tagen

nach geschehener Kündigung oder nach Umständen auch früher, insoweit ein besonderes Uebereinkommen zwischen der Sparkassa und dem Einleger getroffen wurde. Diese Kündigungsfristen gelten für die Anstalt ebenso, wie für den Einleger, mit dem einzigen Unterschiede, daß, wenn die Sparkassa kündigt, auch für eine Einlage bis 50 fl. eine 3-tägige Kündigungsfrist zu gelten hat.

§. 17.

Die Sparkassa verzinst nur solche Einlagen, die wenigstens durch 15 Tage bei der Anstalt erliegen.

§. 18.

Jeder Einleger erhält ein Einlags-Büchel, worin der Name des Einlegers, der Betrag in Ziffern und

Buchstaben, der Tag der Einlage, wie auch das Prozent, nach welchem dieselbe verzinset wird, und die Rubriken für die Rückzahlungen vom Kapital und Zinsen enthalten sind. Jede Ein- und Rückzahlung wird von den beiden Sparkassa-Beamten, und dem Ausschuss-Kommissär (§. 102.) nebst Beidrückung des Siegels der Anstalt unterfertigt.

Die Einlage-Bücheln erhalten überdies fortlaufende Nummern, die mit denen übereinstimmen, unter welchen die Rechnungen der Einlagen in die Bücher des Vereins eingeschrieben werden. Auch wird darin die Zahl des Artikels im Kassa-Journal, unter welcher jede einzelne Ein- und Rückzahlung stattfindet, ersichtlich gemacht.

§. 19.

Jedem Sparkassa-Büchlein wird ein Auszug aus den Statuten der Gesellschaft, und eine gedruckte Tabelle beigeheftet, aus welchen zu ersehen ist, welchen Ertrag jede Einlage von 1 bis 100 fl. in jeder der nachfolgenden 20 Jahre unter Zurechnung der Zinsen und Zinseszinsen gewähren wird.

§. 20.

Für die Einlagen in die Sparkassa ist keine Büchel- oder sonstige Gebühr zu entrichten.

§. 21.

Jedem Einleger steht es frei, zu jeder Zeit sein eingelegtes Kapital ganz oder theilweise sammt den ihm gebührenden Zinsen, jedoch mit Berücksichtigung der §§. 16 und 17 zu erheben.

§. 22.

Wenn gleich die Sparkassa-Bücheln auf bestimmten Namen zu lauten haben, so wird doch jeder Inhaber oder Präsentant eines solchen Büchleins ohne Legitimation über die Identität der Person als rechtmäßiger Besitzer angesehen, und demselben sowohl Kapital als Zinsen erfolgt, insofern nicht die nach §. 25 eingeleitete Amortisirung des betreffenden Büchelchens, oder ein gerichtliches Verbot oder die im §. 24 bezeichnete provisorische Vormerkung die Auszahlung hemmen, und insoferne der in die Bücher eingetragene Eigenthümer nicht darin unter Beifügung seiner Unterschrift den Vorbehalt ausgedrückt haben sollte, daß die Einlage nur an ihn persönlich, oder an seinen Cessionär oder Bevollmächtigten geleistet werden soll.

Für diesen jedem Einleger freigestellten Vorbehalt wird in den Sparkassa-Büchern eine besondere Rubrik offen gehalten, und auch auf dem Büchelchen des Einlegers ausdrücklich bemerkt, ob die Einlage mit oder ohne einen solchen Vorbehalt geschehen ist.

§. 23.

Wenn Sparkassa-Büchelchen, die den Vorbehalt der Einleger enthalten, daß die Rückzahlung nur an ihre Person stattzufinden habe, cedirt oder veräußert werden, so hat sich der Präsentant solcher Büchelchen, welcher sich um die Zurückzahlung meldet, über seine Persönlichkeit auszuweisen.

Die Cession solcher Büchelchen wie auch die Vollmacht zur Erhebung der Nummern, worauf dieselben lauten, hat auf dem Büchelchen selbst, mittelst eigenhändiger Unterschrift des ursprünglichen Einlegers und

desjenigen, an welchen die Abtretung stattfindet, unter Mitfertigung zweier Zeugen zu geschehen.

§. 24.

Für den Fall des Verlustes des Sparkassa-Büchels steht es der betreffenden Parthei frei, den Verlust bei der Sparkassa-Anstalt unter genauer Angabe des Foliums, des Namens und des Charakters anzumelden, woselbst die nöthige Vormerkung veranlaßt wird.

Diese Vormerkung hat die Wirkung, daß die Sparkassa auf ein derlei Buch weder Kapital noch Interessen an irgend Jemanden erfolgen darf, welcher nicht im Stande ist, sich über das Eigenthum desselben gehörig auszuweisen.

Diese Vormerkung hat jedoch nur auf 14 Tage Gültigkeit, innerhalb welcher Frist der Parthei überlassen bleibt, die nöthigen Sicherstellungs-Maßregeln im Wege der Sicherheits- oder Strafbehörde oder auch des competenten Civil-Gerichtes um so gewisser zu erwirken, als sonst nach Ablauf des ebenerwähnten Termines die Vormerkung gelöscht werden würde.

§. 25.

Bei der Amortisirung der in Verlust gerathenen Sparkassa-Büchelchen muß das für Privat-Nefunden gesetzlich vorgeschriebene Verfahren beachtet werden. — Die Amortisations-Frist ist jedoch auf Sechs Monate festgesetzt.

§. 26.

Zur Erwirkung der gerichtlichen Amortisirung wird der Parthei, auf deren Ansuchen von der Anstalt

ein Auszug aus dem Hauptbuche gegen Beibringung der gerichtlichen Amortisations-Urkunde ein Duplikat des in Verlust gerathenen Sparkassa-Buches gegen Empfangschein ausgefolgt, was in dem Hauptbuche anzumerken ist.

§. 27.

Die Verjährung der Forderung rückständiger Zinsen binnen 3 Jahren, findet auf die Interessen von Sparkassa-Einlagen keine Anwendung.

Die Sparkassa ist jedoch berechtigt in den Fällen, wo die nicht behobenen Zinsen bis auf den Betrag der ursprünglichen Hauptschuld gestiegen sind, ohne daß sich der Interessent während dieser Zeit bei der Kassa gemeldet hätte, die weitere Verzinsung des Guthabens einzustellen.

§. 28.

In Bezug auf die Verjährung von Sparkassa-Einlagen finden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen statt. Die Verjährungsfrist, welche vom Zeitpunkte der letzteren Einlage gerechnet, und durch jede neue Einlage unterbrochen wird, ist jedoch auf 40 Jahre festgesetzt. Verjährte Forderungen fallen dem Reservofonde der Sparkassa zu.

§. 29.

Ein- und Rückzahlungen können alle Tage von 9 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags; an Sonn- und Feiertagen von 9 Uhr bis 12 Uhr Vormittags gemacht werden, ausgenommen sind die großen Feiertage als: der Neujahrstag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Heil. Drei-

faltigkeit, Frohnleichnamsfest, Peter und Paul am 29. Juni; Mariahimmelfahrtsfest am 15. August; Heil. Stefanstag am 20. August, und der Christtag; dann die beiden Hauptschlusstage der 30. Juni und 31. Decemb.

§. 30.

Beim Rechnungs-Abschluß mit dem Einleger gilt die Rückgabe des mit der Rückzahlungsbestätigung versehenen Büchels als Quittung für den richtigen Empfang des Geldes.

§. 31.

Die Parthei hat das Geld am Zahlische zu überzahlen, da nach Entfernung derselben keine Vergütung mehr geleistet wird.

Geschäftskreis der Anstalt.

§. 32.

Die Geschäfte der Anstalt, um die Einlagen zins tragend zu machen, sind:

I. Sie gibt Vorschüsse auf:

A. Oester. Staatsobligationen und auf andere diesen gleichgehaltene Credit-Papiere, insbesondere: Grundentlastungs-Obligationen, ferner auf Eszterházy-Loose, auf Actien der k. k. priv. öster. National-Bank, so wie auf Industrie-Papiere, welche auf der k. k. Börse in Wien in Cours gebracht werden dürfen, und im Wiener amtlichen Coursblatte notirt werden, gegen Vorauszahlung der gesetzlichen Zinsen, welche von drei zu drei Monaten nebst Schreibgebühr (§. 38) in

vorhinein berechnet werden, und wo es erforderlich erscheint gegen Nachweisung des Eigenthumsrechtes auf die in Pfand gegebenen Effekten. Der Vorschuß darf den Betrag von höchstens drei Viertel des Werthes dieser Papiere an der Wiener Börse am Tage des Erlags nie übersteigen. — Der Vorschußbewerber muß außerdem einen rechtskräftigen Revers einlegen, daß, sobald der Cours der verpfändeten Effekten um 10% fällt, er die geforderte Zuzahlung binnen 24 Stunden nach geschehener Aufforderung leistet, widrigenfalls es der Anstalt freisteht, für ihre Sicherheit selbst den sogleichen Verkauf der Papiere bei einem accreditirten Pester Handlungshaus zu besorgen, und sich aus dem Erlöse zahlhaft zu machen. — Reicht dieser nicht hin, so bleibt der Aussteller des Reverses Kraft desselben für den Rest der Schuld aufrecht Schuldner.

B. Auf Gold und Silber, ohne Rücksicht der Façon $\frac{3}{4}$ des inneren Werthes, jedoch muß auf ein solches Pfandgut wenigstens fl. 10 — gegeben werden können, worüber die Gebahrung abgesondert geführt wird. In diesem Falle wird außer den Zinsen und der Schreibgebühr noch eine besondere mäßige Schätzungsgebühr und zwar letztere ein für allemal bezahlt.

Ob schon alle Vorschüsse nur auf Ein bis drei Monate gegeben werden, so kann auf Ansuchen der Parthei diese Frist auf weitere 3 Monate auch wiederholt bewilligt werden; für den Fall aber, als der Vorschuß nicht rückbezahlt, oder eine Prolongation nicht erwirkt wurde, hat der leitende Ausschuss das Recht und die Verpflichtung, die bei der Anstalt verpfändeten sub Lit. A. aufgeführten Werthpapiere, ohne gerichtlicher Dazwischenkunft börsenmäßig zu verkaufen; die Veräußerung anderer Gegenstände aber im gesetzlichen Wege mittelst der zuständigen Gerichte vornehmen zu lassen, und sich in beiden Fällen aus dem Erlöse sowohl

betreff des Vorschusses, als dessen Zinsen und etwaigen Gerichts- und Verkaufskosten zahlhaft zu machen.

Der Ueberschuß des gelösten Betrages muß der Parthei ausgefolgt werden.

II. A. Die Anstalt escomptirt fremde Wechsel (Tratten) und eigene; dieses Geschäft übt der leitende Ausschuß (§. 94). Zur Fassung eines Beschlusses müssen 5 Mitglieder, darunter wenigstens 2 Männer vom Fache nebst dem Director oder Curator anwesend sein, die Abstimmung geschieht offen, — absolute Stimmenmehrheit entscheidet. Die überreichten Wechsel müssen mit folgenden Erfordernissen versehen sein:

a) Jeder Wechsel muß auf die gesetzliche österr. Landes-Währung lauten oder auf dieselbe in gehöriger Weise reducirt sein, zudem muß er aber auch wenigstens auf 200 fl. österr. Wkr. lauten;

b) nicht länger als Vier Monate bis zur Verfallszeit zu laufen haben;

c) in Pest, Ofen und Alt-Ofen zahlbar sein;

d) mit den Firmern von 3 wechselfähigen Individuen versehen sein, wovon wenigstens eine in diesen Städten ihren Sitz hat.

Eigene Wechsel werden nur dann angenommen, wenn die Firma des Ausstellers protokolliert ist.

B. Sie escomptirt Staats-Central-Kassa-Anweisungen und andere zur Erwerbung mittelst Escompte geeignete inländische Staatspapiere.

III. Sie gibt Darlehen gegen gesetzliche Verzinsung auf Realitäten, und zwar muß

a) bei Gütern, das Besitzrecht und Devolutions-Titel mit glaubwürdigen Urkunden nachgewiesen werden, ferner daß das Gut unbezweifeltes Eigenthum des Darleihbewerbers ist, daß das Verfügungsrecht darüber nicht durch Testamente, Fideicommiss, Majorat u. s. w. beschränkt ist, daß keine Prozesse dagegen im Zuge sind.

Die Schätzung muß gerichtsordnungsmäßig geschehen und glaubwürdig ausgemacht werden.

Vorzüglich deutlich muß die Zahl der Joche des Allodial-Gutes nach allen seinen Unterabtheilungen als: Aecker, Wiesen, Weiden, Wälder, Weingärten u. s. w., dann dem Werth eines jeden Joches derselben, ebenso der Preis der Produkte auf dem nächsten Marktplatz angedeutet sein, indem bei Anlehen auf solche Güter zunächst nur auf Grund und Boden, auf Baulichkeiten, Fundus instructus, aber nur als Neben-Hypothek gesehen werden muß.

Auf so geschätzte Güter wird, so lange kein Grundbuch in den Komitaten besteht, nur ein Drittel des Schätzungspreises geliehen.

Sollte es der leitende Ausschuss für nothwendig finden, über die Richtigkeit der Conscription sich durch zwei Mitglieder an Ort und Stelle zu überzeugen, so kann von dem Darleihwerber nichts eingewendet werden. Die Kosten dieser Local-Besichtigung trägt der Darlehensbewerber.

b) Auf städtische Realitäten, wo ein Grundbuch eingeführt ist. Solche Realitäten müssen gerichtlich geschätzt, und der Zinsertrag angegeben werden, in erforderlichem Falle wird die Richtigkeit der Schätzung durch ein oder zwei Ausschussglieder auf Kosten des Darlehenswerbers ermittelt. Diese haben den Bericht über den Befund zu geben, worin ausdrücklich zu bemerken ist, welche Lasten auf der Realität grundbücherlich eingetragen sind, wie hoch sich die Steuer und Reparaturkosten belaufen, ob das Haus in guter wohnlicher Gegend gelegen ist, und keine besonderen Uebelstände hat? Schließlich ob der Eigenthümer in unbescholtenem Rufe der Rechtlichkeit stehe, und ob er öffentliche Kassen verwalte?

Außer diesem muß nachgewiesen werden, daß die

Realität auf den Namen des Darleihwerbers grundbücherlich eingetragen und gegen Elementar-Schäden für die Dauer des Darlehens genügend assicurirt ist, und daß keine Proceffe dagegen im Zuge sind.

Auf so geprüfte Realitäten wird mit Einrechnung der a 5% zum Kapital erhobenen Steuern und Reparaturkosten, dann der etwa bereits darauf haftenden Lasten, nach Ermessen des Ausschusses bis zwei Drittel des Werthes dargeliehen.

Die Hypothekar-Schuldner der Anstalt haben jährlich einmal und zwar im Monat November bei sonstiger Kapitals-Kündigung nachzuweisen, daß die Interessen der dem Sparkassa-Guthaben etwa vorgehenden Satzposten, und die Assurance-Prämie der Gebäude gehörig bezahlt worden sind.

C. An Gemeinden zum Behufe solcher Zahlungen, welche dieselben für gemeinnützige, von der competenten politischen Behörde genehmigte Zwecke mittelst Concurrenz sämmtlicher Gemeindeglieder zu leisten haben. — Bei allen diesen Darlehen wird der leitende Ausschuss die Vorsorge treffen, daß die Rückzahlung mit Aufrechterhaltung der bedungenen Kündigungs-Frist auch in bestimmten jährlichen Raten sammt Interessen geschehe.

Es versteht sich von selbst, daß Schuldverschreibungen, welche den vorerwähnten Erfordernissen in allem entsprechen, auch im Cessionswege von der Anstalt ordnungsmäßig und im vollen Werthe übernommen werden.

IV. Sie gibt:

- a) Vorschüsse an Versagämter, und
- b) an andere gemeinnützige Anstalten, welche auf dem Principe der Wechselseitigkeit beruhen, und denen bei der Sparkassa ein offener Credit bis zu einem bestimmten, mit dem Geldverkehr im Verhältniß stehenden Betrage eröffnet werden darf; endlich

V. Kauft sie verzinsliche östr. Merarial- oder ständische Obligationen und Pfandbriefe.

§. 33.

Kein Mitglied des censurirenden Ausschusses (§. 84, 85, 86, 87, 89) darf bei den Berathungen über ein von ihm angesuchtes statutenmäßiges Darlehen oder bei der Berathung und Annahme eines, seine eigene Unterschrift, oder die Firma seines Hauses führenden Wechsels gegenwärtig sein und abstimmen.

§. 34.

Unter mehreren Bewerbern um Darlehen, in so ferne nicht alle befriedigt werden können, erhält jener den Vorzug, welcher der Anstalt die größte Sicherheit bietet; sonst gibt die frühere Einreichung des Gesuches den Vorzug.

§. 35.

Die gegenseitige Kündigungsfrist ist bei Darlehen auf drei Monate, wie immer groß auch die dargeliehene Summe wäre, festgesetzt.

§. 36.

Der leitende Ausschuss ist gegen Private nie gehalten, seinen zusagenden oder abschlägigen Bescheid über ein Darlehen oder Escompte-Geschäft zu motiviren.

§. 37.

Den Escompte-Fuß hat der leitende Ausschuss

nach Umständen festzusehen, jedoch darf derselbe nie den gesetzlichen Zinsfuß übersteigen.

§. 38.

Bei jedem Wechsel-Compte-Geschäft über 200 fl. österr. Währ. werden auch besondere Schreibgebühren entrichtet, welche wie die Zinsen stets vorhinein bezahlt werden müssen.

§. 39.

Die Einnahme der Sparkassa besteht aus den

1. Zinsen des Stammkapitals und des Reserfonds;
2. Einlagen der Theilnehmer;
3. Zinsen, die dafür erzielt werden;
4. Schreibgebühren, in so weit deren Bezug nach den Statuten gestattet ist.

§. 40.

Alle dem Vereine gehörigen und anvertrauten Gelder, dürfen nie zu spekulativen Unternehmungen irgend einer Art, sondern nur zur Erlangung angemessener und sicherer Zinsen nach Vorschrift des §. 32 verwendet werden.

§. 41.

Die Auslagen sind zu machen auf:

1. Rückzahlung der Einlagen und ihrer Zinsen,
2. Gehalte der Beamten und Diener,
3. Administrationskosten, als:

Wohnung, Licht, Holz, Schreibrequisiten, Druck- und Postspesen u. s. w.

§. 42.

Kassaschluß wird täglich gemacht und der Kassavorrath in runder Summe in die Hauptkassa hinterlegt,

welche unter dreifacher Sperre des Directors oder Enrators, des Tags-Commissärs und des Kassiers ist.

In der Handkassa, welche ebenfalls unter dreifacher Sperre, des Tags-Commissärs, des Buchhalters und des Cassiers ist, behält der Letztere nur so viel in unmittelbar eigener Verwahrung, als nach Verhältniß des Geschäftsganges zu den täglichen Ausgaben erforderlich ist.

§. 43.

Mit Ende jeden halben Jahres, nämlich am 30. Juni und 31. December wird der Kassa-Hauptschluß gemacht, und Bilanz über die ganze Gebahrung gezogen.

§. 44.

Der während der ganzjährigen Gebahrung erzielte Reinertrag wird in drei gleiche Theile getheilt, und zwei Theile auf sämtliche Actien als Dividende vertheilt, der dritte Theil als Reservefond zur Deckung etwaiger Verluste der Sparkassa so lange angelegt, bis er zu einer dem Stammkapital gleichen Summe angewachsen ist, nebst dem ausdrücklichen Beifügen jedoch, daß von dem Reinertrage der Verein, dem edlen Beispiele anderer Sparkassa-Anstalten gemäß, verhältnißmäßige Spenden zu humanen und wohlthätigen Zwecken zu verabreichen sich zur Pflicht nimmt.

§. 45.

Wenn Jemand seinen Dividende-Anteil binnen Einem Jahre nach dessen Bestimmung nicht erhebt, so wird derselbe zu Gunsten der Anstalt verzinst, und der Theilnehmer hat während der gesetzlichen Verjährungsfrist stets nur Anspruch auf den Dividende-Betrag, nie aber auf die Zinsen, die er etwa getragen hat.

§. 46.

Ist der Kassafond bis zu der Hälfte des Stammkapitals angewachsen und vollkommen versichert, so ziehen die Actionäre von ihren Einlagen 50% zurück, die zweiten 50% aber, wenn der Reservefond bis auf die Summe von Achtzigtausend Gulden öst. W. gestiegen ist, wo dann der Reservefond das Stammkapital vertritt; nichts destoweniger verbleiben die Actionäre im Besusse der ihnen nach Maßgabe ihrer Actien zukommenden Vortheile.

§. 47.

Von da an wird, von einem Drittel des Reinertrages (§. 43) nur mehr die Hälfte zum Reservefond geschlagen, und die andere Hälfte nach dem Ermessen des leitenden Ausschusses dazu bestimmt, daraus, soweit es die Wahrung der eigentlichen Bestimmung des Reservefondes gestattet, fleißigen und ehelichen Handwerkern Darlehen ohne Zinsen zu geben, oder eine höhere Verzinsung für die Einlagen der Armeren zu leisten, oder mit angemessenen Beiträgen wohlthätige und gemeinnützige Lokalzwecke, als da sind: Schulen, Armen- und Krankenhäuser u. s. w. zu unterstützen, und darüber der königl. ungar. Statthalterei Anzeige zu erstatten.

§. 48.

Die Anstalt nimmt auch Geschenke und Legate zu Gunsten der im §. 47 bezeichneten Verwendung an, und führt darüber ein eigenes Buch.

§. 49.

Die Sparkassa unterliegt rücksichtlich aller bei derselben vorkommenden Urkunden und Schriften gleich

anderen Privat-Anstalten der Stempelpflicht; jedoch haben Se. k. k. apostolische Majestät mit allerhöchster Entschliessung vom 10. August 1841 allergnädigst zu bewilligen geruht, das die Sparkassa-Büchlein gänzlich stempelfrei gelassen werden, und von den Urkunden und Schriften, welche bei den Darlehensgeschäften der Sparkassa vorkommen, unterliegen nur jene Urkunden, welche die Stelle des Pfandscheines vertreten, ohne Unterschied ihrer Form oder Benennung nach dem Betrage des Darlehens der Gebührespflicht.

§. 50.

Eine weitere Begünstigung ist den Sparkassa-Einlagen durch das Einkommensteuer-Patent vom 25. April 1850 §. 5 dadurch allergnädigst zugewendet worden, daß das Einkommen, welches im Grunde einer in einer Sparkassa gemachten Einlage aus dieser Anstalt bezogen wird, stempelfrei bleibt.

§. 51.

Beschwerden einzelner Einleger über statutenwidrige Behandlung sind, — wenn die Klagen und Beschwerden unbedeutenderer Natur sind, bei dem Vereins-Commissär anzubringen; der mit dem Gerechtspruch derselben unzufriedenen Parthei ist der Weg offengehalten, so wie auch in bedeutenderen Beschwerdefällen steht es den Partheien frei, die Klagen unmittelbar dem hohen königl. ungar. Statthalterei-Rathe zu unterbreiten, welcher mit Offenhaltung des Recurses an die königl. ungar. Hofkanzlei darüber zu entscheiden, und das Nöthige vorzukehren haben wird; die bei dem Vereinskommissär angefochtenen und im Recurswege der hohen königl. Statthalterei vorgelegten Klagen jedoch,

welche mit zwei gleichlautenden Gerechtsprüche bereits erledigt sind, dürfen — um die offenbare Belästigung zu ersparen — an die hohe königl. ungar. Hofkanzlei nicht mehr befördert werden. In allen übrigen Fällen, wo die Sparkassa als Kläger oder Beklagter auftritt, untersteht sie dem gesetzlichen Gerichtsstande.

§. 52.

Änderungen in den Statuten dürfen bei veränderten Umständen oder aus anderen wichtigen Gründen nur nach Einholung der Genehmigung der königl. ung. Statthalterei vorgenommen werden; Änderungen, welche die Rechte der Partheien berühren, müssen dann mit dem Beisatze bekannt gemacht werden, daß es ihnen freistehe, ihre Einlagen binnen einer angemessenen festzusetzenden Frist zurückzunehmen.

§. 53.

Durch Uebernahme der Actien verbindet sich jeder Theilnehmer zur genauen und gewissenhaften Befolgung aller in diesen Statuten enthaltenen Bestimmungen.

§. 54.

Der Verein der Altöfner-Sparkassa wird auf Grund dieser Statuten, so lange dauern, bis die Actionäre in einer Generalversammlung durch eine Stimmenmehrheit von zwei Dritttheilen sämmtlicher Actionäre dessen Auflösung ausgesprochen haben, womit auch die Sparkassa selbst aufzuhören hat.

Zur Auflösung ist die Genehmigung der königl. ungar. Statthalterei einzuholen, und es ist bei diesem Einschreiten auch der in der Hauptversammlung festge-

setzte Plan der Auflösung vorzulegen, so wie auch die Mittel zur vollständigen Erfüllung aller Verpflichtungen des Vereins gegen die Interessenten genau ausgewiesen werden müssen. Den nach Liquidirung sämmtlicher Leistungen erübrigenden Reservefond wird der Verein einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Lokalzweck widmen, worüber gleichfalls die Haupt-Versammlung nebst pflichtmäßiger Einhebung der ober-behördlichen Genehmigung zu beschließen hat.

Geschäfts-Ordnung.

§. 55.

Der Sparkassa wird ein eigener landesfürstlicher Kommissär beigegeben werden, der sich von dem Gange der Geschäfte, dem Stande der Kassen und dem ganzen Betriebe der Anstalt fortwährend in Kenntniß erhalten, über die genaue Beobachtung der Statuten wachen, und bei wahrgenommenen Mängeln oder Unregelmäßigkeiten, die zur Herstellung der Ordnung und zur Sicherheit der Anstalt erforderlichen Vorkehrungen veranlassen wird.

Insbefondere hat der l. f. Kommissär das Recht, jederzeit die Einberufung der Hauptversammlung zu begehren (§. 67).

Von den Mitgliedern.

§. 56.

Actionär kann Jedermann ohne Unterschied der Religion, des Geschlechtes und Standes sein.

§. 57.

Jeder Actionär hat in der Haupt-Versammlung eine Stimme, Besitzer von 5 Actien haben zwei Stim-

men, Besitzer von mehr Actien erhalten nach je 5 Actien eine Stimme.

Mehr Stimmen jedoch als zehn kann kein Actionär haben, wie groß auch die Zahl der Actien sei, die er besitzt.

§. 58.

Stimmen- und Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Um von seinen Stimmrechte Gebrauch machen zu können, muß der Actionär wenigstens 20 Jahre alt, von unbescholtenem Rufe und seine Actie seit drei Monaten von der Generalversammlung in den Büchern der Gesellschaft auf seinen Namen geschrieben sein.

Jeder Actionär hat seine Actie am Tage vor der Sitzung dem Notär vorzuweisen.

§. 59.

Man hört auf Vereinsmitglied zu sein :

1. Durch den Tod, in diesem Fall übergeht zwar der Genuß der Nutzungen von dem Tage des Absterbens des Actionärs, so wie die etwaigen Forderungen dieses Letzteren gegen den Verein auf die Erben, die Rechte und Befugnisse des verstorbenen Actionärs aber dürfen erst dann von den Erben ausgeübt werden, bis die Actie auf sie umgeschrieben wird.

2. Durch Cession der Actie an einen Andern, welcher ebenfalls erst durch Umschreibung derselben auf seinen Namen in den Genuß der statutenmäßigen Rechte und Befugnisse kommt.

§. 60.

Die Umschreibung der Actien geschieht auf jedesmaliges Ansuchen in Folge Beschlusses des leitenden Ausschusses.

§. 61.

Jede Actie hat ihre fortlaufende Nummer und unter derselben in dem Actienbuche ihr besonderes Blatt, worauf der Name des Eigenthümers, alle Umschreibungen und alle Dividenden genau notirt sind.

§. 62.

Jeder Actionär hat mit Rücksicht auf die Erfordernisse im §. 58 das Recht:

- a) Den Hauptversammlungen beizuwohnen, und an der Ausübung der Rechte des Vereins Theil zu nehmen.
- b) Seinen Antheil am Gewinn zu beziehen.

§. 63.

Jedes Mitglied übernimmt die Verbindlichkeit:

- a) die Statuten zu befolgen,
- b) seinen Antheil am Schaden bis zum Betrage seiner Actie zu tragen.

§. 64.

Alle Streitigkeiten, welche aus dem Gesellschaftsverhältnisse zwischen den Actionären untereinander oder zwischen den Actionären einerseits und der Gesellschaft oder dem Vereinsausschusse oder dem leitenden Ausschusse andererseits entstehen, werden mit dem Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges, durch schiedsrichterliche Entscheidung erledigt.

Jede der Partheien wählt zwei Schiedsrichter, diese vier ernennen einen fünften Schiedsrichter als Vorsitzenden. Können sie sich über den Vorsitzenden nicht einigen, so entscheidet das Loos für einen der Vor-

geschlagenen. — Erfolgt der Vorschlag eines Vorsitzenden von einer der beiden streitenden Partheien nicht innerhalb 14 Tagen, vom Tage des ersten Zusammentrittes des Schiedsrichters an gerechnet, so übernimmt der von der ersten Parthei bestellte Obermann den Vorsitz, und die später erfolgende Ernennung des andern ist ungültig.

II.

Vom Vereine.

§. 65.

Der Verein besorgt seine Angelegenheiten:

- a) Durch die Hauptversammlung;
- b) Durch den Vereins-Ausschuß und den leitenden Ausschuß;
- c) Durch seine Beamte.

Von der Haupt-Versammlung.

§. 66.

Die Hauptversammlungen sind entweder ordentliche oder außerordentliche.

§. 67.

Jährlich wird eine Hauptversammlung in Altoson gehalten, und zwar in den ersten drei Monaten des Jahres. Der Tag der Generalversammlung wird vier Wochen früher mittelst einer Tafel vorm Hause der Anstalt, und mittelst der amtlichen Landeszeitungen kundgemacht, wobei gleichzeitig die Gegenstände, so zur Berathung kommen, anzuzeigen sind. — Im Falle als Umstände die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung nothwendig machen würden, so steht dieses Recht dem Director und in dessen Verhinderung

dem Curator zu; so wie auch der landesfürstliche Commissär die Einberufung einer solchen verlangen kann (§. 55). Außerordentliche Hauptversammlungen werden auf dieselbe Art einberufen, wie die ordentlichen.

Tag und Stunde einer jeden Generalversammlung ist ferner unter Mittheilung des Programmes über die zu beratenden Gegenstände der betreffenden politischen Behörde anzuzeigen.

§. 68.

Damit die Hauptversammlung einen für alle Actionäre giltigen Beschluß fassen könne, müssen, den im §. 54 vorgesehenen Fall ausgenommen, wenigstens fünfzig Stimmen dabei vertreten sein. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird eine zweite Hauptversammlung nach 14 Tagen, auf die im §. 67 vorgeschriebene Weise berufen, bei welcher die Erscheinenden ohne fernere Rücksicht auf die Zahl der Actien beschlußfähig sind. — Eine solche Hauptversammlung darf jedoch nur über jene Gegenstände beschließen, welche bereits zur Tagesordnung der ersten Hauptversammlung gehörten.

§. 69.

Die Beschlüsse der Generalversammlung sind auch für alle nicht anwesenden und nicht mitstimmenden Actionäre bindend.

§. 70.

Der erste Act jeder Hauptverhandlung ist die Wahl eines Präsidenten, welcher die Verhandlungen leitet.

§. 71.

Gegenstände der Hauptversammlung sind insbesondere:

a) Den Verwaltungsbericht über das verflossene Jahr vom Director, oder im Verhinderungsfalle vom

Curator entgegen zu nehmen, die Rechnungen durch eine eigens hiezu zu ernennende, aus drei Mitgliedern bestehende Kommission zu prüfen, welche jedoch nicht Mitglieder des gewesenen Ausschusses sein dürfen.

b) Den großen Ausschuß durch Scrutin zu wählen.

c) Dem großen und leitenden Ausschuß Instructionen zu ertheilen.

d) Die von dem Ausschusse getroffenen Anordnungen zu prüfen, zu genehmigen oder zu verwerfen.

e) Die Besoldungen und Cautionen der Beamten zu bestimmen.

f) Die Einforderung der noch rückständigen $31\frac{1}{4}\%$ Stammkapitals-Raten, wenn es die Geschäfte des Vereines erfordern (§. 3).

g) Die bestehenden Statuten abzuändern (§. 52).

h) Die Entscheidung über die Auflösung der Gesellschaft (§. 54).

i) Die Berathung und Entscheidung über die Erhöhung und Erniedrigung des Zinsfußes der Einleger (§. 11).

k) Die Bewilligung außerordentlicher — das Courrente-Erforderniß übersteigender Verwaltungs-Auslagen.

l) Die Ernennung des Notärs und Anwaltes (§. 104).

§. 72.

Anträge in Bezug auf die Punkte g) und k) müssen dem Ausschusse vier Wochen vor der Hauptversammlung schriftlich eingereicht werden. Ist dies versäumt, oder der bezügliche Antrag erst in der Hauptversammlung selbst gestellt worden, so hat dieselbe nur zu entscheiden, ob deshalb eine außerordentliche Versammlung nach vier Wochen einberufen, oder der Gegenstand zur nächsten ordentlichen vertagt werden soll.

§. 73.

Alle Beschlüsse werden durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt, bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die Stimme des Vorsitzenden; zur Beschlußfassung bei dem in §. 54 enthaltenen Fall über die Auflösung der Gesellschaft wird, wenn die erforderlichen zwei Drittel der Stimmen nicht zusammen kommen, die Frage bis zur nächsten Hauptversammlung verschoben, in diesem Falle kommt sodann die Bestimmung des §. 68 zur Anwendung.

§. 74.

Die Protokolle der Hauptversammlung werden vom Präses derselben, und zwei hiezu von der Versammlung bezeichneten Actionären und dem Notär rechtskräftig unterfertigt.

§. 75.

Die jährliche Gebahrungs-Uebersicht ist öffentlich bekannt zu machen, und nebst dem Verwaltungs-Präliminar des nächstfolgenden Jahres der königl. ung. Statthaltereı vorzulegen. In diesen Uebersichten werden die Zahl der Einleger, die Summen der eingelegten Kapitalien, die Art der Verwendung der Letzteren, das Guthaben der Interessenten an Kapital und Interessen, der zu Gunsten der Anstalt als Reservefond sich ergebende Ueberschuß und die Regiekosten, zugleich aber auch die Vergleichung aller dieser Daten mit dem Ergebnisse des vorausgegangenen Jahres genau ersichtlich gemacht.

Von dem Vereins-Ausschusse und vom leitenden Ausschusse.

§. 76.

Der Vereins-Ausschuß ist, als eine besondere stän-

dige Commission der Hauptversammlung anzusehen, welche deren Gerechtsame im Allgemeinen während der ganzen Zwischenzeit von einer ordentlichen Hauptversammlung zur anderen ausübt.

Er zerfällt in den großen und leitenden Ausschuß.

Die Haftung der Mitglieder des großen so wie des leitenden Ausschusses, des Directors, Erators und Tags-Commissärs ist mit Rücksicht auf die Statuten, die Geschäfts-Ordnung, und die ihnen etwa erteilten besonderen Instruktionen nach den Vorschriften der Gesetze zu beurtheilen.

§. 77.

Der große Ausschuß besteht aus 30 Mitgliedern; sie werden aus Actionären ohne Rücksichtnahme auf die Zahl der in ihren Besitze befindlichen Actien gewählt.

Beamte der Anstalt und Alle, die in Konkurs verfallen sind oder ihre Zahlungen eingestellt haben, ohne ihre Gläubiger vollständig befriedigt zu haben; Alle, welche wegen eines Verbrechens oder wegen eines aus Gewinnsucht hervorgegangenen oder die öffentliche Sittlichkeit verletzenden Vergehens oder einer solchen Uebertretung in Untersuchung gezogen und nicht schuldlos erklärt worden sind, können nicht Mitglieder des Ausschusses sein.

Tritt ein solches Verhältniß während der Amtsdauer ein, so hat es unmittelbar den Verlust der Stelle zur Folge.

§. 78.

Wenn ein Mitglied während der Funktions-Dauer austritt oder stirbt, so tritt an seine Stelle jener Actionär, welcher bei der letzten Wahl die meisten Stimmen hatte.

§. 79.

Jedes Mitglied des Ausschusses erlegt für die Zeit seiner Funktion eine Actie in die Vereinskassa.

§. 80.

Ihre Funktionen dauern zwei Jahre, jedoch können sie wieder gewählt werden.

§. 81.

Der Ausschuss wählt aus sich selbst durch Scrutin auf drei Jahre den Director und Curator der Sparkassa.

§. 82.

Der große Ausschuss hält in den ersten Tagen eines jeden Monats Sitzung.

In dieser Sitzung werden :

- a) die Protokolle des leitenden Ausschusses vorgelesen ;
- b) der Monat-Ausweis der Gebahrung vorgelegt,
- c) die Anordnungen des leitenden Ausschusses geprüft, und
- d) im Erforderungsfalle Instruktionen ertheilt.

In den Wirkungskreise des großen Ausschusses liegt auch insbesondere die Ernennung der Beamten und Diener der Anstalt (§. 104) mit Ausnahme des Notärs und des Anwaltes (§. 71) l. (§. 104), so wie die Entlassung aller Beamten und Diener (§. 112).

§. 83.

Alle Beschlüsse des großen Ausschusses werden in der Regel (§. 112) mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des großen Ausschusses ist mit Inbegriff des Directors und Curators die Anwesenheit wenigstens 16 Mitglieder erforderlich.

§. 84.

Der große Ausschuß wählt zur unmittelbaren Leitung der Anstalt und zur Besorgung des Escompte-Geschäftes aus seiner Mitte 10 Mitglieder und zwei Ersatzmänner, welche den leitenden Ausschuß ausmachen.

§. 85.

Der Director und Curator sind ständige Mitglieder des leitenden Ausschusses.

§. 86.

Der leitende Ausschuß zerfällt in drei Sectionen, je zu vier Mitglieder, welche abwechselnd in der durch den großen Ausschuß monatlich zu bestimmenden Reihenfolge alle Wochen wenigstens einmal unter dem Vorsitz des Directors oder seines Stellvertreters (§. 98) sich versammeln und die vorkommenden Geschäfte nach Maßgabe der Statuten und der ihnen etwa besonders ertheilten Instruktionen erledigen.

§. 87.

Es bleibt jedem Mitgliede des leitenden Ausschusses, auch wenn die Reihe nicht an ihm ist, unbenommen, in jeder Sitzung zu erscheinen, und Theil an den Verhandlungen zu nehmen.

§. 88.

Von den 30 Mitgliedern des großen Ausschusses treten jährlich mit Ausnahme des Directors und Curators 15, und zwar acht vom großen und sieben vom leitenden Ausschusse aus, das erstemal nach Entscheidung des Looses, dann die Rückgebliebenen. Es beschränkt sich daher die jährliche Wahl des großen Ausschusses, stets nur auf die Zahl der Aus tretenden, die jedoch wieder

gewählt werden können. — In jedem dritten Jahre, wo der Director und Curator austreten, werden 17 Mitglieder einer Neuwahl unterzogen, und zwar 8 vom größeren und 9 vom leitenden Ausschusse, wobei der Director und Curator mitgerechnet sind; sobald der Ausschuss auf 30 ergänzt ist, wird zur Wahl des Directors und Curators und den 7 Mitgliedern des leitenden Ausschusses geschritten.

§. 89.

In den Sitzungen des leitenden Ausschusses hat auch der jeweilige Tags-Commissär (§. 101) Sitz und Stimme.

§. 90.

Wenn es die Umstände erfordern, so hat der Director oder sein Stellvertreter das Recht, die Mitglieder des großen und leitenden Ausschusses auch zu einer außerordentlichen Sitzung zu berufen.

§. 91.

Alle Beschlüsse im leitenden Ausschusse werden durch absolute Stimmenmehrheit ohne Rücksicht auf die Zahl der Actien, die ein Mitglied besitzt, gefasst.

§. 92.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des leitenden Ausschusses sind außer dem Director oder Curator 4 Mitglieder erforderlich, — ausgenommen bei den, im (§. 32) sub II. angeführten Geschäften.

§. 93.

Ueber die Berathungen des großen so wie des leitenden Ausschusses sind Protokolle zu führen, welche vom Director und Curator, und im Verhinderungsfalle

eines oder des andern, von einem hiezu bestimmten Ausschuß-Mitgliede, endlich auch vom Notär zu unterfertigen.

Jedem Ausschußgliede ist es erlaubt, seine vom Beschlusse abweichende Meinung besonders zu Protokoll zu geben.

Die Ausschußglieder haben sich bei allen Berathungen des großen und leitenden Ausschusses, welche ihre Geschäftsführung betreffen, der Abstimmung zu enthalten.

§. 94.

Dem leitenden Ausschusse liegt es ob; das Darlehen und Escompte-Geschäft mit Beobachtung der Statuten, und zum Vortheile der Anstalt zu führen.

Er prüft alle Papiere, welche auf die Geschäfte Bezug haben.

Er macht durch ausgesendete Mitglieder an Ort und Stelle die etwaigen Erhebungen.

Er bedient sich des Rathes sachverständiger Männer, z. B. Kaufleute, Rechtsgelehrte, mit einem Worte, er wendet alle erlaubten Mittel an, welche die Sicherheit des Darlehens und das Interesse der Anstalt erfordert.

Vom Director.

§. 95.

Der Director ist das Haupt der Anstalt und oberster Vollstrecker der im Sinne der Statuten und des Reglements gefaßten Beschlüsse.

§. 96.

Im Falle der Director oder Curator während seiner Funktionsdauer mit Tod abgeht oder resignirt, so tritt an seine Stelle jenes Ausschuß-Mitglied welches bei der letzten Wahl nach ihm die meisten Stimmen hatte (§. 81).

§. 97.

Die Funktionen des Directors sind insbesondere:

a) Er führt den Vorsitz in allen Versammlungen und bestimmt den Tag der jährlichen Haupt-Versammlung (§. 67), ebenso hat er das Recht, den großen und leitenden Ausschuss zu außerordentlichen Versammlungen zu berufen (§. 90).

b) Er beruft außerordentliche Hauptversammlungen.

c) Er überwacht die treue Befolgung der Statuten und den Geschäftsbetrieb insbesondere; er ist berechtigt, jeden Beamten, der seine Pflicht nicht erfüllt oder untreu gehandelt, zu suspendiren; und sowohl in diesem, als auch im Krankheitsfalle eines Beamten, statt desselben ein anderes fähiges Individuum zu substituiren, worüber er dann dem Ausschuss zu berichten hat.

d) Er besorgt die Correspondenz durch den Notär.

e) Er hat der Hauptversammlung über den Geschäftsbetrieb und alle Vorkommnisse Bericht zu erstatten.

f) Er stellt für die Sitzungen des großen und leitenden Ausschusses die Frage zur Abstimmung, welche mit Ja und Nein geschieht.

g) Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet seine Stimme.

h) Er repräsentirt den Verein gegenüber den Behörden und dritten Personen. — Er nimmt, wenn er es für gut findet, unter Beiziehung zweier Ausschuss-Männer eine Cassa-Scontrirung vor.

Vom Curator.

§. 98.

Der Curator ist der ordentliche Stellvertreter des Directors und übt in dessen Abwesenheit oder Verhin-

derung alle seine Rechte aus; übrigens hat er in allen Sitzungen des großen und leitenden Ausschusses, Sitz und Stimme; alle Auslagen der Anstalt werden nur gegen seine Anweisung ausgezahlt.

§. 99.

Alle Rechtsangelegenheiten der Anstalt, gleichwohl ob sie darin als Kläger oder Beklagter auftritt, werden bei allen betreffenden Gerichten im Namen des Curators anhängig gemacht, und ausgetragen; es hat demnach die von ihm dem Anwalt der Anstalt in solchen Vorkommnissen ertheilte Vollmacht überall volle rechtsbindende Wirkung.

§. 100.

Der Director und Curator der Anstalt sind, so lange sie dieses Amt bekleiden, von jeder Theilnahme an der nutzbringenden Verwendung der Sparkassagelder ausgeschlossen und dürfen bei Darlehen niemals in das Verhältniß als Schuldner zur Anstalt treten.

Vom Tags-Commissär.

§. 101.

Die Mitglieder des großen Ausschusses, in so ferne sie nicht im leitenden Ausschusse sind, sind verpflichtet in alphabetischer Reihenfolge täglich abwechselnd Einer in den Geschäftsstunden im Amtszlokale als Ausschuss-Commissär anwesend zu sein, und die Amtirung zu überwachen.

§. 102.

Jeder Ausschuss-Commissär hat an den ihm betreffenden Tage alle Einlags-Bücheln, die Consignationen

der täglich eingegangenen und ausgezahlten Gelder, wie auch alle übrigen vorkommenden Geschäfts-Urkunden zu unterzeichnen, die Handkassa täglich abzuschließen, sich die sämtliche Barschaft durch den Kassier vorzählen zu lassen, und diese sammt dem Kassa-Schlüssel (§. 42) und das Amtssiegel, welches er bewahrt, seinem Nachfolger zu übermitteln; er hat sämtliche des Tags einlaufende Bittgesuche durchzusehen, mit dem Eingangs-Datum zu bezeichnen, und jene, deren Verhandlung keinen Aufschub erleiden, dem Director wegen Berufung einer Ausschuss-Sitzung zu senden.

§. 103.

Die specielle Funktionsweise des Tags-Commissärs enthält eine besondere Amts-Instruktion, zu deren genauer Befolgung jeder verpflichtet ist.

Von den Beamten und Amtsdienern.

§. 104.

Von Beamten wird der Notär und der Anwalt von der Hauptversammlung (§. 71), die übrigen, als: Buchhalter, Kassier, Adjunkt, und der Amtsdienner von dem großen Ausschusse (§. 82) auf Antrag des leitenden Ausschusses, welcher berechtigt ist, eine Qualifications-Prüfung der Competenten vornehmen zu lassen, und zwar in der Regel, und in der Voraussetzung des Bestandes der Anstalt definitiv gewählt.

Die Beamten und Diener der Anstalt haben sich jeder Theilnahme an der nutzbringenden Verwendung der Sparkassa-Gelder zu enthalten, und dürfen bei Dar-

leben niemals in das Verhältniß als Schuldner zur Anstalt treten.

§. 105.

Buchhalter, Kassier und Adjunkt müssen eine Kaution, die das doppelte ihres Gehaltes beträgt, in barem oder in 5 % Staatspapieren oder in Realitäten mit Puppilar-Sicherheit, oder Actien dieser Sparkassa leisten. Den Zinsen-Ertrag der Kaution genießt der Kautionsleger.

§. 106.

Der Buchhalter führt das Kassa-Controle, das Capitalien-, Einlags- und Darlehens-Buch, das Hauptbuch, im allgemeinen alle Bücher, welche zur Evidenzhaltung der Gebahrung erforderlich sind. — Er besorgt auch die Umschreibung der Actien, wofür er als Umschreibgebühr 52 ½ kr. österr. Währ. für die Kassa einfordert.

Er muß monatlich einen Auszug und jährlich eine Hauptrechnung stellen, und mit Jahreschluß dem Director überreichen; seine Bücher werden nach jedesmaligem Jahreschluß durch eine im Sinne des §. 71 sub a zu bestimmende Kommission censurirt. Er bewahrt einen Schlüssel der Hauptkassa.

§. 107.

Der Kassier führt über die täglich bezahlten und eingegangenen Gelder ein Consignations-Buch, welches dem Ausschuß-Commissär bei Abschließung der Handkassa zur Basis dient. — Er führt das Hauptkassa-Buch und bewahrt einen Schlüssel der Haupt- so wie einen zur Handkassa (§. 42). Er darf ohne Anweisung Geld weder annehmen noch ausgeben.

§. 108.

Aus der Handkassa wird das für den täglichen Bedarf nicht erforderliche Geld in die Hauptkassa abgeführt, und das Buch, in welchem diese Ein- und Auslagen notirt werden, in der Hauptkassa bewahrt. Von den drei Hauptschlüsseln der Hauptkassa bewahren der Director oder Curator (§. 42), der Tags-Commissär und der Kassier je Einen.

§. 109.

Der Adjunkt versteht die Schreibgeschäfte, und führt das Exhibiten-Protokoll. Er geht dem Buchhalter hilfreich an die Hand, und besorgt mit dem Amtsdienere die nöthigen Einkassirungen.

§. 110.

Der Notär hat die Referate in allen Sitzungen, verfaßt sämtliche Protokolle, führt die Correspondenz und fertigt die Beschlüsse aus.

§. 111.

Der Anwalt vertritt die Rechte des Vereins, gibt Aufschlüsse und Gutachten in Rechtsfällen und macht die Forderungen des Vereins vor den Gerichten geltend; er muß ein zur Vertretung berechtigter Advokat sein.

§. 112.

Die Haftung der Beamten und Diener ist mit Rücksicht auf die Statuten, die Geschäfts-Ordnung und der ihnen etwa ertheilten besonderen Instruktionen nach

den Vorschriften des Gesetzes zu beurtheilen. Ueber die Entfernung der Beamten entscheidet der große Ausschuß endgiltig; zu diesem Zwecke müssen alle Mitglieder desselben mit Angabe des Gegenstandes zur Verhandlung eingeladen werden, wenigstens fünfzehn bei der Schlußfassung gegenwärtig sein, und zwei Drittel der Anwesenden für die Entfernung stimmen. Veruntreuungen werden der Behörde zur gesetzlichen Ahndung gemeldet.

§. 113.

Der Amtsdienner besorgt alle Einladungen, Postgänge, sorgt für die Reinlichkeit und Heizung des Amtsflokales, begleitet den Adjunkten bei den Einkassirungen, verrichtet alle Geschäftsgänge und sonstige Dienste; zu Privatdiensten darf derselbe jedoch nicht verwendet werden.

§. 114.

Für die Beamten sowohl, als für den Amtsdienner bestehen besondere Instruktionen, welche sie genau und gewissenhaft zu befolgen verpflichtet sind.

§. 115.

Die Geschäftssprache ist die deutsche und ungarische.

§. 116.

Das Siegel der Gesellschaft ist eine Weintraube mit der Umschrift in beiden Geschäftssprachen „Siegel der Alt-Dfner Sparkassa 1863“ und az ó-budai takarékpénztár pecsétje 1863.

§. 117.

Die Firma der Gesellschaft lautet „Ó-Budai takarékpénztár“ „Alt-Ofner Sparkassa“; — sie wird vom Director oder Curator und dem Buchhalter rechtskräftig geführt und muß stets bei dem Pester k. Wechsel-Gericht protokolliert sein.



Der provis. Ausschuß :

Karl Strohberger m. p., Präses. Johann v. Végh m. p., Ausschußmitglied. Steph. Weisz m. p., Ausschußmitglied. Anton Kämeter m. p., Ausschußmitglied. Karl Bley m. p., Ausschußmitglied.

Ezen szabályok a magyar kir. udvari kancelláriai tanács ülés határozata folytán jóváhagyatnak.
Kelt Bécsben boldogasszonyhó 3-án 1863.



Gf. **Forgách Antal** s. k.,

ő cs. s ap. k. Felsége arany-kulcsos híve, valóságos belső titk. tanácsos, Sz.-István ap. király rendbeli vitéz, Magyarországbán a k. udvar s egyszersmind az említett Sz.-István k. rend Kancellárja.